

Dresdner Volkszeitung

Postkasson: Dresden,
Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kasson:
Gebr. Krichol, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkath.

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennige. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 20 mm breite Reflamzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Goldpf.

Nr. 65

Dresden, Montag den 17. März 1924

35. Jahrg.

Die Sozialdemokratie im Kampf

Historische Bedenksamkeit der Wahlentscheidung

Der Wahlkampf beginnt. Sein Ausgang entscheidet über die deutsche Republik, über die soziale Diktatur des Großkapitals, über Krieg und Frieden in Europa. Die deutsche Sozialdemokratie steht vor der schwersten und bedeutungsvollsten Aufgabe, die ihr die geschichtliche Entwicklung bisher auferlegt hat. Diese Aufgabe den schaffenden Massen tiefstehend darzulegen, ist die Pflicht der Sozialdemokratie während der ganzen Dauer des Kampfes. Gleichsam als Einleitung dazu geben wir hier die Ausführungen wieder, die das Organ unserer österreichischen Brüder, die Wiener Arbeiterzeitung, als Leitartikel veröffentlichte. Sie zeigen, wie gründlich die Situation der deutschen Sozialdemokratie erkannt und das ganze Ringen zur Höhe eines Schicksalskampfes des deutschen Volkes geführt wird. Wie sich das schaffende Volk in Deutschland schlagen wird, ist bedeutsam für die gesamte proletarische Internationale.

Die Wiener Arbeiterzeitung schreibt:

Die deutsche Sozialdemokratie steht am Anfang eines Kampfes von höchster Bedeutung. Bisher hat sie sich eine große Arbeiterpartei in den Wahlkampf in so schwierigen Verhältnissen, in so gefährlicher Lage eingetreten. Die deutsche Arbeiterklasse hat im letzten halben Jahre eine jährlange Niederlage erlitten. Sie hat sich der Durchsicherung des Achtundzestages und des Widerstandes, der gewaltigen Zersplitterung der Arbeiterregierungen in Sachsen und in Thüringen, der brutalen Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes gegen die Arbeiterklasse nicht zu erwehren vermocht. Diese Niederlage hat zu heftigem Streit innerhalb der Partei selbst geführt: eine mächtige Opposition hat die Fehler der Parteiführung für die Niederlage des Proletariats verantwortlich gemacht. Und diese Anklage gegen die Führung der deutschen Partei hat überall, hat auch bei uns in Österreich lauten Widerhall gefunden. Nun, daß die reichsdeutsche Parteiführung Fehler, verhängnisvolle Fehler begangen hat, unterliegt keinem Zweifel. Wenn Marx einmal an Engels geschrieben hat: „In jeder Revolution werden Dummheiten gemacht“, so hat die deutsche Revolution von dieser Regel wohl keine Ausnahme gebildet. Trotzdem wäre es eine höchst oberflächliche Betrachtung der Ereignisse, die Niederlage des deutschen Proletariats nur oder vorwiegend aus den Fehlern dieses oder jenes Parteiführers zu erklären. Als die Revolution von 1848 mit blutiger Niederlage geendet hatte, hat Marx diese Niederlage nicht aus den Fehlern der Führer der Revolution erklärt; er hat sie in Schriften von unvergänglichem Wert erklärt aus den ökonomischen Verhältnissen, die sich in der Zeit der politischen Revolution vollzogen hatten, aus der Veränderung der Machtverhältnisse der Klassen, die die Folgen jener ökonomischen Verschiebungen waren. Uns dünkt, es wäre an der Zeit, Marx' Methode anzuwenden, um den Verlauf der deutschen Revolution zu verstehen.

Vom Friedensschluß von Versailles bis zum Beginn des Aufrufes war die deutsche Politik im Grunde von einer Idee beherrscht: Soll Deutschland die Reparationsverpflichtungen, die es in Versailles auf sich genommen hatte, zu erfüllen suchen, um einen offenen Konflikt mit Frankreich zu vermeiden, oder soll es die Erfüllung verweigern auf die Gefahr eines solchen Konflikts hin? In dieser ganzen Zeit ist die deutsche Sozialdemokratie für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands, für die Beilegung des Konflikts mit Frankreich eingetreten; wer kann nach den Erfahrungen des Konflikts, nach den Erfahrungen des Aufrufes bezweifeln, daß sie nur ihre Pflicht gegen die Republik, gegen die Arbeiterklasse, gegen die Nation erfüllt hat, indem sie diese Katastrophe zu verhüten suchte? Den Konflikt konnte sie aber nicht anders verhüten, als indem sie mit dem Zentrum und den Demokraten zusammen den Widerstand der nationalpolitischen Rechten gegen die Erfüllungspolitik zu brechen versuchte. Die Koalitionspolitik war damals unweifelhaft ein Erfordernis der Erfüllungspolitik. Aber freilich, diese demokratisch-republikanische Politik, wie sie die Koalitionsparteien unter der Führung Wirths verfolgten, hätte nur dann gelingen können, wenn sie auch in Frankreich Entgegenkommen gefunden hätte. Statt dessen hat der französische Imperialismus gerade diese demokratisch-republikanische Regierung immer wieder abgedemütigt, gerade ihr die fürstbarsten Belastungen auferlegt. Die Regierungsparteien, die Sozialdemokratie vor allem, setzten sie in eine tragische Lage: unter dem Druck der Reparationsleistungen sank die Mark immer tiefer, breite Massen, die Mittelbesitzer der Intelligenz, der Beamten- und Angestelltenklassen, des Kleinbürgertums vor allem, durch die Wertminderung verelendet, lebten sie gegen die Erfüllungspolitik der Regierung, die ihnen als ein täglich gedemütigter Feind gegenüberstand, immer wilder auf und strömten in das Lager des monarchistisch-faschistischen Nationalismus, viele Arbeiter, durch die Selbstentwertung zur Verzweiflung getrieben, fielen zu den Kommunisten ab. Zentrum und Demokraten, durch das Erstarken des Nationalismus eingeschüchtert, machten es nicht möglich, die Erfüllungspolitik fortzusetzen; Wirth wurde ge-

stürzt, die rein bürgerliche Regierung Cuno gebildet, die die Erfüllungspolitik aufgab, den Konflikt mit Frankreich herbeiführte. Die Franzosen beletzten das Ruhrgebiet. Die Sozialdemokratie, durch das Erstarken des Nationalismus und des sich in dieser Phase gleichfalls nationalisierend gebärdenden Kommunismus eingeschüchtert, wagte es nicht, sich der Politik der Regierung Cuno entgegenzustellen oder ihre Zustimmung zu dieser Politik von der Finanzierung des Ruhrkrieges durch Besitzern abhängig zu machen; denn entsetzten Nationalismus gegenüber fürchtete sie, abermals des „Dolchstoßes von hinten“ beschuldigt zu werden.

Die Folgen der Preisgabe der Erfüllungspolitik zeigten sich bald: der Niedergang der Mark geriet infolge des Ruhrkrieges in jährlange beschleunigtes Tempo. Im Juli ging wilde Bewegung durch die Massen. Da versuchte es die Sozialdemokratie noch einmal, die Rückkehr zur Erfüllungspolitik zu erzwängen. Sie trat in die Regierung Stresemann ein, um den Ruhrkrieg zu beenden und die Verständigung mit Frankreich anzustreben. Aber abermals scheiterte dieser Versuch an dem französischen Imperialismus. Poincaré setzte auch nach der Kapitulation Deutschlands den Kampf an der Ruhr fort, Deutschland mußte trotz seiner Kapitulation die entgegengesetzte Last der Arbeitslosenunterstützung für Millionen Arbeiter im besetzten Gebiet weitertragen, unter dem Druck dieser Last brach die Mark vollends zusammen, sank sie auf ein Minimum ihres Friedenswertes. Da die Sozialdemokratie in der Regierung lag, erschien sie jetzt den Massen für die Katastrophe verantwortlich, obwohl diese Geldkatastrophe doch die Folge des nicht von ihr, sondern von der bürgerlichen Regierung Cuno unternommenen Ruhrkrieges war! Wurde die Partei schon dadurch abermals geschwächt, so wurden ihr die wirklichkeitsvollen Folgen der Markkatastrophe noch weit mehr zum Verhängnis. Denn der Zusammenbruch der Mark setzte die Industrie still, Millionen Arbeiter wurden arbeitslos, jeder, der noch Arbeit hatte, alleerte um seine Arbeitsstelle; die unerhörte Massenarbeitslosigkeit machte die Arbeiterklasse völlig kampfunfähig. Die Kapitalistenklasse war entschlossen, diesen Augenblick der Kampfunfähigkeit des Proletariats auszunutzen. Sie stellte die Partei vor die Wahl: entweder nimmt ihr selbst der Verhängnis des militärischen Ausnahmezustandes und einer skandalösen Ermächtigung der Regierung zu, oder es kommt ein „nationales“ Direktorium, das, auf die Reichswehr gestützt, der kampfunfähig gewordenen Arbeiterklasse gegenüber, „auf Grund“ des Artikels 48 der Reichsverfassung dekretieren wird, was ihm beliebt. Die Mehrheit der Partei meinte, die verfassungsmäßige Diktatur sei noch immer das kleinere Übel als die faschistische; sie stimmte dem Ausnahmezustand und dem Ermächtigungsgesetz zu, um einen Staatsstreich, dessen sich die Arbeiterklasse nicht mehr hätte erwehren können, um die Einsetzung eines diktatorischen „Direktoriums“ zu verhindern. Sie glaubt, damit der Arbeiterklasse genützt zu haben, deren Schicksal unter einer faschistischen Diktatur noch viel schlimmer gewesen wäre, als unter dem Ausnahmezustand; aber sie hat damit die Partei aufgeopfert, die, da sie für das Ermächtigungsgesetz und den Ausnahmezustand gestimmt, den Massen für alle die von der bürgerlichen Regierung Marx auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen und für alle von dem General Seeckt auf Grund des Ausnahmezustandes verübten Verbrechen mitverantwortlich erschien.

Darf man darum sagen, die Partei habe die Niederlage des Proletariats verschuldet? Mit nichten! Nur die Er-

füllungspolitik, wie sie die Partei bis zum Herbst 1923 geschrieben hat, nur die schnelle Beendigung des Ruhrkrieges, wie sie die Partei im Sommer 1923 versucht hat, konnten Deutschland vor dem Jurchbarsten bewahren: es ist nicht die Schuld der Partei, sondern ihre Tragik, daß diese Versuche am französischen Imperialismus scheiterten sind. Dieses Scheitern aber — das bedeutete die Geldkatastrophe, bedeutete daher den Abfall breiter Massen in das Lager der Reaktion, bedeutete schließlich die Massenarbeitslosigkeit, bedeutete daher die Niederlage der Arbeiterklasse!

Welche Taktik immer die Partei gewählt hätte, keine hätte im Herbst 1923 mehr verhindern können, was die Folge der ungeheuren Verschiebung der sozialen Machtverhältnisse war: die Niederlage der Arbeiterklasse. Die tatsächlichen Fehler, die die Parteiführung wirklich begangen hat, sie haben nicht diese Niederlage verschuldet, sie haben nur eines verschuldet: daß die Partei breiten Massen dafür verantwortlich erschien, was sie, auch wenn sie eine andre Taktik gewählt, auch wenn sie nicht die Mitverantwortung übernommen hätte, unter den veränderten Machtverhältnissen zu verhindern nicht mehr in stande gewesen wäre. Aber ist nicht doch sich die Partei mit diesem Scheitern der Mitverantwortung belastet hat, ist ihr zum fürstbarsten Verhängnis geworden; es hat breite Arbeitermassen enttäuscht und eröttert, da den Kommunisten, dort den Faschisten in die Arme gelegt, viele in die Indifferenz zurückgeworfen, in die gelichteten Parteifäden selbst heftigen inneren Kampf getragen.

In dieser tragischen Lage steht die deutsche Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Und doch hängt von ihrer Behauptung in dem Wahlkampf unendlich viel ab. Wird sie geschlagen, dann kommt ein Reichstag zustande, in dem die Führung unvermeidlich in die Hände der Deutschnationalen, der Partei der Junker, des Monarchismus, des Militarismus, des Revolutionskrieges fällt! Das würde die ganze Welt als die Auferstehung des alten wilhelminischen Deutschland deuten. Alle Hoffnungen, die der Aufstieg der englischen Arbeiterpartei und das Erstarken des französischen Linksblocks wecken, alle Hoffnungen auf eine friedliche Verständigung zwischen den Demokratien der drei großen Länder wären begraben! Es wäre eine Katastrophe für ganz Europa.

Darum hat die internationale Arbeiterklasse kein stärkeres Interesse als das, daß sich die deutsche Sozialdemokratie des fürstbaren Ansturms, den sie zu bestehen haben wird, erwehre. Gewiß, sie hat ihre Fehler begangen. Gewiß, unter dem verwirrenden Einfluß der Tragödie dieses Jahres haben sich in ihre Reihen so mancher Aufwuffungen eingeschlichen, die ihrer großen Tradition nicht würdig, der Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgabe hinderlich sind. Aber sie ist trotz alledem

die große Partei des deutschen Proletariats, in deren Händen ein großes Stück der Zukunft Europas, der Zukunft des Sozialismus liegt. Möge es ihr gelingen, in der Stunde der Entscheidung allen lähmenden inneren Streit zu überwinden, sich in den eigenen Reihen aus unfruchtbarer Sader zu historischem Begreifen durchzureißen und im vollen Bewußtsein der Größe der geschichtlichen Stunde alle Kräfte gegen den Feind zu vereinigen! Gelingt nur das, dann ist uns um die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie nicht bang. Dann wird sie der Welt beweisen, daß auch die Niederlage, die sie erlitten hat, ihre Kampfkraft nicht brechen kann; dann beginnt nach der schweren Niederlage von gestern im nächsten, läuternden Feuer des Kampfes neuer Aufstieg!

Die Schuldigen untereinander

Die Zeugen über den Marsch nach Berlin

München, 15. März. (Eig. Draht.)

Die Sonntagabend-Sitzung wird durch die Verlesung einer Richtigerstellung des Kardinals Kardiner eingeleitet. In ihr heißt General Ludendorff geäußert, daß ich hinter dem Plan, Bayern und Österreich zusammenzuschließen, stehe. Das ist unklar. Ich habe auch niemals und nirgends die Verlesung der „Luitania“ als völkerverderblich bezeichnet — General Ludendorff behält sich vor, zu der Erklärung des Kardinals Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende gibt dann ein Schreiben des Generals Loffow bekannt, in dem es heißt: Ich lehne das Ersuchen vor der dem Schluß der Rechtsgewaltigung beizutreten hat. Der Vorsitzende erklärt hierzu, das Gericht werde sich schlüssig machen, ob der Zeuge Loffow zwangsweise vorgeladet wird.

Sodann beginnt die Vernehmung der zum Beweisangehör der Verlesung geladenen Entlastungszeugen. Als erster wird Universitätsprofessor Döberl vernommen. Er muß über seine Eindrücke im Bürgerbräukeller auszusagen und berichten. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Loffow, den ich seit Jahrzehnten kenne, sich so verhalten und ausgesprochen hat, daß ich bei ihm an den Ernst nicht glauben konnte. Anders bei Kahr, den ich ebenfalls seit Jahrzehnten kenne. Bei seinem Verhalten habe ich nicht einen Augenblick gezweifelt.

Das er es ernst nimmt

Bei Seiber war es mir nicht ganz klar, mir fiel nur die Leichtigkeit seines Auftretens und seines Vortrages auf.

Der Zeuge Hauptmann Bergen von der Landespolizei soll darüber auszusagen, ob Loffow bei seinem Erscheinen auf der Stadtkommandantur (10½ Uhr nachts, nach der Bürgerbräukellerveranstaltung) den Eindruck gemacht, als ob er mit dieser gemeinsamen Sache gemacht habe. Vorsitzender zum Zeugen: Es soll sich um eine Äußerung von einem traurigen Mannsbild (Schifferei) gehandelt haben. — Zeuge: Etwas Ähnliches wurde früher im Privatgespräch gesprochen, und zwar von General Danner, der der Auffassung war, daß Loffow im Bürgerbräu eine andre Haltung hätte einnehmen können. Er hätte kein sagen müssen, meine General Danner. Den Eindruck, daß Loffow ernsthaft mitzumachen gewillt war, hatte ich von seinem Auftreten nicht, dagegen war Loffow in der Kommandantur zerfahren und wirkte augenblicklich nicht, was zu machen sei.

Der Zeuge Rittmeister a. D. von Schirach, militärischer Führer bei dem Vaterländischen Verband München, sagt aus über die bekannte Propaganda des Professors Bauer. Es war wohl von einem Marsch nach Berlin die Rede, denn dieser Bauer war in allen Vaterländischen Verbänden Gemeindegut. Dieses Wort hat sich entwickelt aus der Äußerung Bauers: „Nicht los von Berlin!“, sondern „Auf nach Berlin!“ Es ist uns einmal, ich kann mich in der öffentlichen Sitzung nicht näher darüber äußern.

ein militärischer Befehl ausgegangen, wir sollten werden, und bei dieser Gelegenheit wurde uns gesagt, es handle sich darum, die nötigen Kräfte zu sammeln, daß bei